

rundbrief

Schwerpunkt
«Raumplanung»

Abstimmung
vom 3. März 2013

Editorial

Raumplanung

Liebe Leserinnen und Leser
liebe Grüne

Unser Lebensraum muss die unterschiedlichsten Bedürfnisse abdecken. Wir alle haben Ansprüche an den privaten und öffentlichen Raum und diese sind nicht (immer) kongruent mit denen unserer Mitmenschen.

Unser Wohlstand ist gestiegen und damit auch der Wunsch nach mehr Wohnraum und Mobilität. In der Zeit von 1983 bis 2007 nahm die Siedlungsfläche in der Schweiz um 25% zu, die Wohnfläche pro Person um 34%. Jede Sekunde wird ein Quadratmeter Land überbaut, d.h. alle zwei Stunden die Fläche eines Fussballfelds. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass in der Schweiz aufgrund der geografischen Gegebenheiten nur etwas mehr als die Hälfte der Landfläche besiedelt werden kann.

Die Raumplanung hat die anspruchsvolle Aufgabe, für uns alle eine lebenswerte Schweiz zu erhalten. Die Ziele und Strategien sind definiert. Mittels funktionstüchtiger Verkehrssysteme soll für möglichst kurze Wege gesorgt und so Zeit und Energie gespart werden. Um die Kosten für Strassen, Schie-

nen und Versorgungsinfrastruktur wie Wasser- und Stromleitungen so tief wie möglich zu halten, soll die Siedlungsentwicklung in bereits gut erschlossene Gebiete gelenkt werden. Dadurch könnte dem Verlust von Ackerflächen und Erholungsgebieten in der Natur und somit dem Verschwinden der ökologischen Vielfalt Einhalt geboten werden.

Unsere Gesellschaft wird immer älter und urbaner. Dadurch entstehen auch neue Ansprüche an die Raumplaner. Ältere Menschen möchten mobil bleiben, sich sicher in der Öffentlichkeit bewegen können und sich nicht an den Rand der Gesellschaft drängen lassen.

In der nächsten Zeit wird in der Stadt Luzern eine neue Strategie für die Stadtentwicklung geschaffen, wo wir unsere Ideen und Wünsche einbringen können – eine gute Gelegenheit, aktiv mitzugestalten und die Bedürfnisse aller zu diskutieren.



*Bea Langenbacher
Redaktionsteam Rundbrief
Luzern*



Abstimmung über das Raumplanungsgesetz

Ja zur Revision des Raumplanungsgesetzes

Das neue Raumplanungsgesetz ist geeignet, die Zersiedelung der Landschaft zu bekämpfen und die Landschaft zu schützen. Das ist bitter nötig. Deshalb hat die Delegiertenversammlung der Grünen die Ja-Parole beschlossen.

Wer durch die Schweiz fährt, erlebt den Siedlungsdruck überall. Die Folgen sind nicht nur für das Auge furchtbar. Generell zerstören Überbauungen Bodenstruktur und Erholungsraum. Zersiedelung bringt hohe Infrastruktur- und Dienstleistungskosten mit sich (Strassen!), die Bodenversiegelung fördert neue Gefahren (z. B. Überschwemmungen). Zu viele verstreute Bauten sind auch eine Gefahr für die Biodiversität wie das Überleben vieler gefährdeter Tierarten. Die Landwirtschaft leidet unter Kulturlandverlust und dem Tourismus wird die wichtigste Ressource entzogen.

Volksinitiative gegen Zersiedelung

Die eidgenössische Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur (Landschaftsinitiative)», eingereicht am 14. August 2008, war die Antwort von uns Grünen und vielen weiteren gegen die Zerstörung der Landschaft. Sie richtet sich gegen die fortschreitende Zersiedelung und will die Land-

schaft besser schützen. Die Übergangsbestimmung fordert ein 20 Jahre dauerndes Verbot für die Vergrösserung von Bauzonen; denn 17 bis 24 % bestehender Bauzonen sind unüberbaut, dazu viele unternutzt.

Indirekter Gegenvorschlag

Dem Bundesrat ging die Initiative zu weit, zumal sie dem Bund in Planungsfragen eine wichtigere Rolle zuspricht, so dass er einen indirekten Gegenvorschlag unterbreitete. Dieser wurde vom Parlament aufgenommen und angereichert. Er verfügt nun über drei Hebel:

- Dimensionierung der Bauzonen auf 15 Jahre und Richtplangenehmigung durch den Bund
- 20 % Mehrwertabschöpfung bei Neueinzonungen u. a. zur Finanzierung von Rückzonungen
- Befugnis zur Anordnung von Überbauungen zur Bekämpfung der Baulandhortung.

Ohne Bezug zur Landschaftsinitiative ist gemäss Gegenvorschlag in Zukunft für Dach-Solaranlagen keine Baubewilligung mehr erforderlich.

Der Ständerat stimmte dem Kompromiss mit 30 : 10 bei 1 Enthaltung zu, der Nationalrat mit 108 zu 77 bei 10 Enthaltungen. Die InitiantInnen der Landschaftsinitiative beschlossen darauf den bedingten Rückzug der Initiative. Dieser gilt definitiv, wenn der Gegenvorschlag in Kraft tritt.

Referendum des Gewerbeverbandes

Der Kanton Wallis und der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) haben aber das Referendum eingereicht. Sie kritisieren die Begrenzung der Bauzonen, Einschränkungen der Eigentumsrechte und die Mehrwertabgabe. Für den masswirksamen Auftritt beschwören sie «Horror-Mieten auf engstem Raum». Doch der Schweizerische MieterInnen-Verband spricht von Irreführung und unterstützt die Revision: Zu grosse Baulandreserven im Wallis fördern den Wohnungsbau in den Ballungsgebieten nicht. Für hohe Mieten in den Zentren sind u. a. gerade Gründe massgebend, die mit der RPG-Revision korrigiert würden.

Weitere fadenscheinige Gründe der Gegner

Der Widerstand gegen die Mehrwertabgabe knüpft an SVP- und FDP-Slogans gegen neue Steuern an. Doch der SGV liegt hier völlig falsch. Die Abgabe ist nur ein bescheidenes Entgelt für die staatliche Aufwertung von Grundstücken. Der Beitrag, geschweige denn das Verdienst des Eigentümers für die Erzielung eines Aufzonymehrwerts strebt gegen Null.



In der Eigentumsfrage malt der SGV den Teufel an die Wand. Tatsache ist, dass jede behördliche Massnahme ein überwiegendes öffentliches Interesse voraussetzt und verhältnismässig sein muss. Gegen die Baulandhortung haben diverse Kantone bereits im geltenden Recht wirkungsvolle Instrumente: VD (Baulandumlegung), OW (Kaufrecht für Gemeinden), NE (Enteignungsrecht), AI (entschädigungslose Rückzonung), AG und FR (bedingte Einzonungen). Der Bund geht nicht über diese bestehenden Möglichkeiten hinaus.

Widersprüchlich ist, dass der gleiche SGV die Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen verlangt; deren grösste Konkurrenz sind jedoch neue Bauten auf der grünen Wiese. Schliesslich singt er auch noch das hohe Lied des Föderalismus. Doch die Kantone sind für die Revision, und die Erweiterung der Bundeskompetenz liegt im Wesentlichen im Bereich der Koordination.

Sensibilisierte Bevölkerung

Die Bevölkerung sorgt sich und ist für die Landschaft sensibilisiert. Deshalb wurde die Zweitwohnungsinitiative letztes Jahr angenommen und ebenso die Kulturlandinitiative der Grünen im Kanton Zürich. Dass der Gegenvorschlag in die richtige Richtung zielt, zeigt auch die Annahme einer Mehrwertabgabe im Kanton Thurgau am 17. Juni 2012.

Die DV der Grünen hat am 3. November die Ja-Parole zur RPG-Revision beschlossen. Auch das Initiativkomitee der Landschaftsinitiative mit allen Umweltorganisationen ist dafür, ebenso die bereits genannten Städte und Gemeinden, landwirtschaftliche Kreise, Ingenieur- und Planerverbände und weitere Organisationen der Baubranche. Die Vorlage ist für uns Grüne von hervorragender Bedeutung. Kämpfen wir für ein JA!

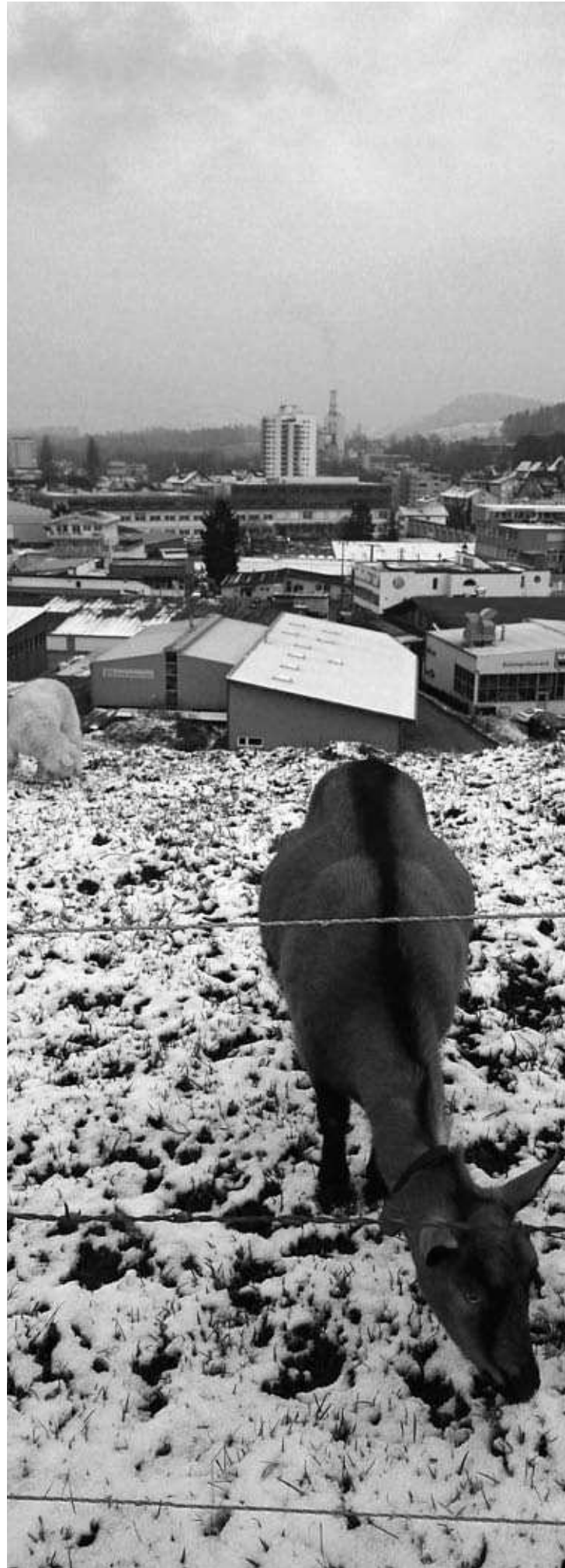


*Louis Schelbert
Nationalrat Grüne
Luzern*

Eidg. Volksabstimmung: «Bundesgesetz über die Raumplanung»

Parole:

Ja



Familienartikel in der Bundesverfassung (Art. 115 a, Abs. 1-3)

Ein erster Schritt in die richtige Richtung

Am 3. März 2013 stimmen wir über den Verfassungsartikel zur Familienpolitik ab. Der Bund wird darin zwar aufgefordert die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung zu fördern. Eine Lücke in der Formulierung bleibt aber. Dennoch soll der Artikel mit einem Ja an der Urne unterstützt werden.

Darum geht es

Während im ersten Absatz festgehalten wird, dass der Bund bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Bedürfnisse der Familien berücksichtigt und Massnahmen zum Schutze der Familien unterstützen kann – bedauerlicherweise nur kann – sind die beiden Absätze 2 und 3 konkreter formuliert. Demnach fördern Bund und Kantone die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung, wobei die Kantone insbesondere für ein bedarfsgerechtes Angebot für familien- und schulergänzende Tagesstrukturen zu sorgen haben. Sollten die Bestrebungen der Kantone bzw. Dritter nicht ausreichen, legt der Bund entsprechende Grundsätze fest.

Notwendige erste Schritte

Die GegnerInnen schreiben von massiver staatlicher Einmischung in die Privatsphäre der Familie und unabsehbaren Folgekosten, sollten die Anliegen des Verfassungsartikels konsequent umgesetzt werden. Sicher erhalten wir Krippen und Tagesstrukturen nicht gratis. Die exakten Kosten können erst beziffert werden, wenn der Artikel umgesetzt wird. Von einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie profitieren die Familien wie auch die Wirtschaft, der dadurch weitere quali-

fierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Schon heute empfehlen UNO-Instanzen ein Prozent des Bruttoinlandproduktes für die ausserfamiliäre Betreuung im Vorschulalter zur Verfügung zu stellen. Heute gibt die Schweiz mit rund einer Milliarde Franken ein Fünftel dieses Betrages aus.

Die gewählte Formulierung in Abs.2 ist kinder- und jugendspezifisch. Ein Schritt in die richtige Richtung. Heute übernehmen aber mehr und mehr Frauen und Männer Mitverantwortung für pflegebedürftige Angehörige. Diese Personen haben ebenfalls ein Anrecht auf Infrastrukturen (z. B. Tagesheimplätze, Wochenend-Entlastungsdienste). Besser wäre in Abs.2 die Formulierung Bund und Kantone fördern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Sie sorgen insbes. für ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsinfrastrukturen für Kinder, Jugendliche und pflegebedürftige Angehörige. Trotz diesem Mangel soll ein JA in die Urne gelegt werden – immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung.



Heinz Bähler-Trinkler
Grüne Luzern
Luzern

Eidg. Volksabstimmung: «Bundesbeschluss über die Familienpolitik»

Parole:

Ja

MV 

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektromogmessung | Schlafplatzuntersuchung
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvl@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Nationale Volksabstimmung 3. März 2013

Ja zur Volksinitiative gegen die Abzockerei

Am 3. März stimmt die Schweiz über die eidgenössische Volksinitiative «gegen die Abzockerei» ab. Die Initiative wurde eingereicht, um exorbitante Bezüge von Managern und Verwaltungsräten zu unterbinden. Die Grüne Fraktion in Bundesbern unterstützt das Begehren.

Tatsächlich driftet die Lohnschere zwischen tiefen und höchsten Einkommen seit Jahren immer weiter auseinander. Trotz Krise und trotz gesunkenen Erträgen haben sich die Grösstverdiener auch in der jüngsten Zeit ziemlich schadlos gehalten. Die Initiative gegen die Abzockerei – sie wurde am 26.2.2008 eingereicht – will den Einfluss des Aktionariats auf die Vergütungen des Verwaltungsrats (VR) und der Geschäftsleitung bei börsenkotierten Unternehmen stärken.

Hauptforderungen der Initiative

Die Generalversammlungen (GV) sollen jährlich und verbindlich über die Gesamtsumme aller Vergütungen der leitenden Organe abstimmen und jährlich die Mitglieder sowie die Präsidentin des VR wählen. Eine Obergrenze der Gehälter wird jedoch nicht festgelegt. Organmitglieder würden keine Abgangs- oder Vorausschädigungen mehr erhalten. Auch dürften sie keine zusätzlichen Beratungs- oder Arbeitsverträge von einer anderen Gesellschaft der Gruppe mehr haben. Pensionskassen (PK) müssten im Interesse der Versicherten abstimmen und offen legen, wie sie gestimmt haben. Weiter wird die Organ- und Depotstimmrechtsvertretung verboten. Insgesamt enthält das Volksbegehren 24 Vorschriften.

Indirekter Gegenvorschlag

NR, SR und BR unterbreiten zur Initiative einen indirekten Gegenvorschlag. Er nimmt einige Anliegen der Initiative in weniger verbindlicher Form ins Aktienrecht auf. Die GV hätte nur Vergütungen für die VR, nicht für die Geschäftsleitung obligatorisch zu genehmigen. Dazu könnte der VR für drei Jahre gewählt werden. Möglich blieben weiter Abgangsentschädigungen und gelockert würde der Stimmzwang von PK. Eine Verschärfung zur Initiative ist die Möglichkeit der Klage auf Rückerstattung

unrechtmässig erworbener Entschädigungen. Das Problem ist, dass der Kläger das Prozessrisiko trägt, die Gelder eines allfälligen Erfolgs aber an die Unternehmen flössen. Auch der Gegenvorschlag verbietet die Organ- und Stimmrechtsvertretung.

Kein direkter Gegenvorschlag

Eine Zeit lang sah es so aus, als gäbe es zum indirekten noch einen direkten Gegenvorschlag. Er beinhaltete die Besteuerung von Bonuszahlungen über 3 Mio. Franken. In der Schlussabstimmung wurde dieser Vorschlag vom SR gutgeheissen, vom NR aber abgelehnt. Den Ausschlag gab die GLP-Fraktion: Sie hatte sich zwischen Frühling und Sommer 2012 dem Druck von Economiesuisse gebeugt und wechselte vom Ja- ins Nein-Lager! Weil die beiden Kammern unterschiedlich abstimmten, gibt es nun keine Abstimmungsempfehlung des Parlaments. Auch der BR empfiehlt keine Parole.

Strittige Punkte

Diskutiert wird über die Verbindlichkeit der einzelnen Initiativpunkte. Der Grund: Im ersten Satz ist die Rede von «Grundsätzen». Das lesen manche Staatsrechtler so, dass Konsultativabstimmungen auch möglich wären. Für das Komitee sind die Kernforderungen (Vergütungsvorschriften, Wahlen) aber unveränderbar, in Nebenpunkten wie dem Stimmverhalten von PK zeigt es sich offen. Gezankt wird auch darüber, ob die Initiative oder der Gegenvorschlag schneller zum Ziel führe. Die Differenz wäre wohl klein. Zwar «steht» der Gesetzestext beim Gegenvorschlag, bei der Initiative müsste er noch erarbeitet werden. Ihre Übergangsbestimmung will aber, dass der BR innert eines Jahres eine entsprechende Verordnung erlassen müsste. In beiden Fällen kämen dann Übergangsfristen dazu.

Welche Wirkung der Initiative?

Klar ist: Der Abzockerei werden nur Grenzen gesetzt, wenn das Aktionariat so beschliesst. Ob und wie konsequent dies geschehen würde, ist offen. Klar ist auch: Initiative und Gegenvorschlag befassen sich letztlich mit der Verteilung von Gewinnen zwischen dem Aktionariat und den Organen der

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Gesellschaften. Die Höhe der Löhne des Personals ist kein Thema. Deshalb hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund die Parole «leer einlegen» beschlossen. Er baut vorab auf seine eigene Volksinitiative, sie verlangt Mindestlöhne von 4'000 Franken pro Monat und die Förderung von Gesamtarbeitsverträgen.

Position der Grünen Fraktion

Mit Blick auf die symbolische Kraft des Abstimmungsergebnisses unterstützt die Fraktion der Grünen die Volksinitiative. Diese ist zusammen mit «Ja zu fairen Löhnen» (Mindestlohninitiative) und «1 : 12» (maximale Schere von 1 : 12 zwischen höchstem und tiefstem Einkommen in einer Unternehmung) zu sehen. Die Abzockerei schadet der Volkswirtschaft. Daher geht es auch um das Primat der Politik gegenüber den Ansprüchen der Wirtschaft. Das Dreierpaket ist geeignet, die schweizerische Lohnpolitik auf einen akzeptablen Boden zu bringen. Ein Ja verhilft zudem jeder der beiden

andern Initiativen zu einer positiven Dynamik. Ein Nein von uns Grünen dagegen würde die Abzocker und ihre Zudiener in ihrem absurden Verhalten bestätigen.



Louis Schelbert
Nationalrat Grüne
Luzern

Eidg. Volksabstimmung: Volksinitiative «gegen die Abzockerei»

Parole: JA



Bericht aus der Kantonsratsfraktion

Von Podestplätzen und fehlendem Rückgrat

Im Dezember 2012 machte sich ein breiter Widerstand gegen die Sparmassnahmen laut. Jugendliche und Staatsangestellte, Eltern und Lernende taten ihren grossen Unmut kund. Während die Mehrheitssprecher dies als «Zeichen für das Interesse an der Politik» und als «gelebten Staatskundeunterricht» bezeichneten und damit endgültig zu Zynikern mutierten, forderten wir Korrekturen in der Finanzpolitik.

Seit sechs Jahren sitze ich im Kantonsparlament, sechs Jahre hörte ich dort mantramässig den Schlachtruf: «Wir wollen auf den Podestplatz im Steuerranking, wir wollen den Kanton Luzern vorwärtsbringen!». Ich stelle fest, dass all jene, die diese Lösung am lautesten verkündeten, persönlich sehr wohl weiter- und auf einem Podestplatz angekommen sind. Auf dem Podest in Bern: Konrad Graber, Albert Vitali, Peter Schilliger, Leo Müller; in Luzern: Guido Graf.

Was aber den Kanton betrifft, kann ich nur fest stellen: Wir sind jetzt zwar auf einem Podestplatz, jenem mit dem tiefsten Unternehmenssteuersatz angekommen, doch weht uns dort ein unverantwortlich-eisig-steifer Wind entgegen! Für das Budget 2012 wäre die Regierung zwar bereit gewesen, mit einer Erhöhung des Staatssteuerfusses den entstandenen Finanzengpass zu korrigieren. Für die Budgets 2013 und 2014 lässt sie das nötige Rückgrat jedoch vermissen. Sie versteckt sich hinter einer finanztechnischen Mechanik, wonach 2015/2016 wie aus einem unabwendbaren Naturereignis heraus, einer Naturkatastrophe gleichsam – den Vorgaben aus Schuldenbremse und Finanzhaushaltsgesetz – zwangsläufig eine Korrektur des Staatssteuerfusses erfolgen müsse. Wir fragen uns: Hat man in der Regierung so etwas Zentrales wie den politischen Gestaltungswillen, die Bereitschaft, dem Rat mit Argumenten und Begründungen entgegen zu treten, aufgegeben und lässt sich nur noch finanztechnisch fernsteuern?

Eine hoffnungslose Illusion

Das entstandene Finanzloch: Hätte man es ahnen können? Wir meinen, ja. Weil auch jetzt wieder eintraf, was man im zweiten Semester Betriebswirtschaftslehre schon gelehrt bekommt: Je höher die erwartete Rendite, desto höher das Risiko, das man in Kauf nehmen muss. Das Risiko einer zu stark forcierten Steuersenkung ist man trotz warnender Stimmen eingegangen und was uns speziell ärgert: Was damals der Bevölkerung angepriesen wurde, dass alles aufgehen und zu rosigen Zeiten in diesem Kanton führen werde, und falls es dann aus unwahrscheinlichen Gründen nicht aufgehen sollte, via Steuerfuss feinjustiert werden

könne, entpuppt sich als hoffnungslose Illusion. Das Parlament ist ideologisch blockiert und will nicht korrigieren, die Regierung getraut sich nach der Ablehnung des Budgets 2012 nicht mehr, eine Korrektur zu beantragen.

Im Wissen, dass man sich damit keine Wahlfreunde schafft, taten wir in der Budget-Debatte das, was eigentlich die Regierung unserer Ansicht nach tun sollte: hinstehen und eine Korrektur fordern. Wir beantragten insbesondere eine schrittweise Rückgängigmachung der Halbierung Vermögenssteuer und der Reduktion Unternehmenssteuer, im Einklang mit einigen Gemeinden, übrigens. Die Alternative dazu: die sofortige Korrektur des Staatssteuerfusses. Der Eiertanz um die unumgängliche Korrektur der zu stark forcierten Steuersenkungspolitik muss aus unserer Sicht endlich ein Ende nehmen.



*Nino Froelicher
Fraktionsvorsitzender
Kriens*

Neuer Präsident der Grünen Stadt Luzern

ABC zu Marco Müller

Seit dem 27. November 2012 ist Marco Müller Präsident der Grünen Stadt Luzern. Für den Rundbrief hat er zu den Buchstaben A bis Z einen kurzen Satz zu sich und seiner Politik geschrieben.

Anfang: Erstes politisches Engagement fürs Partnerschaftsgesetz.

Bahnhof: Hoffentlich hat Luzern 2040 einen Tief- und 2050 einen Durchgangsbahnhof.

CVP: Partei der Mutter, Gemeinderätin in Entlebuch.

Denkmalschutz: ZHB muss unbedingt erhalten und rasch renoviert werden!

Entlebuch: Heimatort, dort aufgewachsen und bis 20-jährig wohnhaft.

Führung: Als Geschäftsführer beim Entlastungsdienst Zürich Vorgesetzter von 220 Mitarbeitenden.

Grüne: Aktive Bewegung, vielseitige Menschen und Ideen. Fühle mich pudelwohl hier.

Hochstrasser: Mein Vorgänger als Präsident, dessen Vorarbeit zu übernehmen sehr toll ist.

Industriestrasse: Gewinn der Initiative war Meilenstein für Stadt Luzern, zusammen mit der zukünftigen Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Jugend: 12 Jahre beruflich in der offenen und verbandlichen Jugendarbeit tätig.

Kindheit: Zusammen mit 4 jüngeren Geschwistern auf einem Bauernhof genossen.

Langlaufen: Im Winter oft im Eigenthal oder Langis anzutreffen.

Migros Klubschule: Hier arbeitet mein Mann.

Neubad: Gespannt, was für ein kulturelles Biotop aus dem ehemaligen Pool entstehen wird.

Öffnungszeiten: Sind in der Stadt Luzern alles andere als touristenfreundlich und fortschrittlich. Stadt sollte vom Kanton abweichende Lösung haben, aber keine 24h offen!

Party: veranstaltet die monatlich stattfindenden FRIGAY NIGHT im Loft Luzern

Quartier: Moosmatt ist die Home-Base seit 12 Jahren.

Restaurant: In Luzern am liebsten im Boléro, Aqua oder Moosmatt.

Stärken: Organisieren, Kreativität, starker Willen und viel Energie.

Tanz: Verpasst kaum ein Stück des Tanzensembles im Luzerner Theater, resp. UG.

Unternehmen: Ziemlich wirtschaftsfreundlich, aber die aktuellen Unternehmenssteuern im Kanton Luzern sind jenseits!

Vorstand: Seit 4 Jahren im städtischen Vorstand aktiv.

WWF: Sympathische Organisation im heutigen Zeitgeist, klar in der Mission, kompromissbereit in der Sache und kluges Marketing.

X: Bei kommenden Wahlen legen die städtischen Grünen um X Prozent zu.

Yoga: Würde ich auch dann nicht machen, wenn ich einmal Stadtrat wäre.

Ziel: Die städtischen Grünen werden wieder aktiver in der Mobilisierung und noch besser sichtbar in der Öffentlichkeit (Medien). Mehr Leute engagieren sich aktiv für die Grünen und es gibt Nachwuchs, egal ob Junge Grüne oder weniger junge Grüne.



Marco Müller
Grüne Stadt Luzern
Luzern



Beraten, planen und realisieren. Ihr Partner für Strom und Wärme aus der Sonne. Gebäudeenergie, die auch ästhetisch überzeugt.

BE Netz AG | CH-6030 Ebikon LU | 041 319 00 00 | info@benetz.ch | www.benetz.ch

BE | NETZ
Bau und Energie

Budget 2013

Kriens budgetiert Defizit von 2,7 Millionen Franken

Trotz Mehreinnahmen aus dem kantonalen Finanzausgleich von 1,8 Mio. Franken und der vorgesehenen Steuererhöhung von 3 Mio. und einer weiteren Sparrunde von 1,8 Mio. Franken budgetiert Kriens ein Defizit. Bereits 2010 bis 2012 wurden zudem gegen 4 Mio. Franken eingespart.

Die Verschuldung steigt massiv an und die Finanzkennzahlen rutschen in den Keller. Einige dieser gesetzlichen Kennzahlen können wir bereits jetzt nicht mehr einhalten, die anderen folgen schon bald. Damit sind uns auf Jahre die Hände gebunden, ein Sparpaket jagt das andere und für neue Ideen, für Attraktivitätssteigerungen bleibt kein Spielraum. Aus diesen Gründen haben wir uns im Einwohnerrat für eine Steuererhöhung von 2/10 eingesetzt. Damit hatten wir keinen Erfolg, die Mehrheit im Rat fürchtete sich vor dem Volk. Die Fakten wollen sie dem Volk nicht zumuten.

Steuererhöhung ist verkraftbar

Die Steuererhöhung um 1/10 ist verkraftbar, die Steuern wurden in den letzten Jahren massiv gesenkt. Im Durchschnitt zahlen die KrienserInnen heute 23 % weniger als im Jahr 2007. Eine Familie mit zwei Kindern und 50'000 Franken Einkommen muss wegen dem 1/10 nun 91 Franken mehr zahlen, wurde aber seit 2007 um 1'820 Franken entlastet.

Dieses Budget ist das Resultat der aggressiven Steuerpolitik des Kantons Luzern. Kriens hat sogar noch eins draufgelegt und die kommunalen Steuern zweimal gesenkt. Dieselben Leute jammern heute über unsere finanzielle Situation und schieben uns die Schuld zu: Die Ausgaben seien schuld.

Warum haben wir Grüne dem Budget trotzdem zugestimmt?

Zum ersten Mal stehen alle Parteien hinter der Steuererhöhung. Bis jetzt wurde nur gespart. Die Steuererhöhung ist der erste Schritt in die richtige Richtung und sie ist diejenige Massnahme mit der grössten Hebelwirkung überhaupt.



*Erich Tschümperlin
Präsident Grüne Kriens
Kriens*

Ueli & Hof
www.uelihof.ch

Bio-Hofladen Mättwil
St. Niklausen / Luzern
Telefon 041 911 22 20
oder 076 572 53 11
Fr 14-19 h / Sa 8-13 h

Bio-Metzgerei Moosmatt
Moosmattstr. 17, Luzern
Telefon 041 310 71 15
Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30 h
Sa 8-16 h durchgehend

Bio-Fleisch

gibt es im

Mättwil

und in der

Moosmatt.

natur-farben.ch
kurt unternäherer
malerei + farbladen
beratung, ausführung
vermietung, verkauf

beratung, ausführung
vermietung, verkauf

tel. 041 260 07 40
schachenstrasse 3, 6020 emmenbrücke

Aktionen und Impressionen

Aktion fürs Asylreferendum

Der Spätherbst war für uns Junge Grüne geprägt vom allwöchentlichen Unterschriftensammeln. Jeden Samstag waren wir auf den Strassen in Luzern und Agglomeration anzutreffen, ausgestattet mit Bogen und Stift fürs Asylreferendum. Die Mühe hat sich gelohnt: Am 17. Januar konnten wir in Bern über 60 000 Unterschriften gegen eine menschenfeindliche Politik einreichen.

Als Auftakt zum Sammel-Endspurt organisierten wir in Luzern am 1. Dezember ein Strassentheater, um aufs Referendum aufmerksam zu machen und den Leuten den Spiegel vorzuhalten. Eingeladen waren Junge Grüne aus der ganzen Schweiz und so waren wir gut 25 Personen, verkleidet als Asylsuchende, bürgerliche Politiker und Politikerin und – unverkleidet – als Junge Grüne. Die Asylsuchenden wurden eingekesselt mit einem FDP-Absperrband und unter den (üblichen) bösen Parolen der Rechten durch die Strasse getrieben, bis die Jungen Grünen auf dem Falkenplatz die Bürgerlichen stoppten und den Asylsuchenden Schutz gewährten.

Wir hatten Spass und freuen uns riesig über die aussagestarken Fotos, von welchen eines im Tagesanzeiger publiziert wurde.



*Irina Studhalter
Vorstand Grüne Luzern
Malters*

Offener Brief

JG bringen Uni Luzern zum Temperatur anpassen

Kurz vor Weihnachten berichtete die Sonntagszeitung, dass die Uni Luzern die Temperaturen senken muss, als Reaktion auf die Sparmassnahmen – von 24 Grad auf lächerliche 23 Grad soll es runter. Die Jungen Grünen Kanton Luzern haben sofort reagiert und dem Rektor Paul Richli einen offenen Brief geschrieben, in dem wir diese übertrieben hohe Raumtemperatur anprangern und weitere Anpassungen nach unten fordern. Wir freuen uns über die schnelle Reaktion von Herrn Richli, in der er verspricht, dem Thema nachzugehen.

Anfang Januar kam die tolle Nachricht, dass der Rektor nach Abklärungen entschieden hat, die Temperatur auf 21 Grad einstellen zu lassen, wodurch die Uni rund 20 000 bis 30 000 Franken einsparen kann. Wir sind überzeugt, dass dies nicht nur finanzielle sondern auch grosse ökologische Vorteile mit sich bringt!



*Irina Studhalter
Vorstand Grüne Luzern
Malters*

Internes: Cumuluspunkte für einen guten Zweck

Die Solikarte

Die Idee – Solidarischer Einkauf in der Migros

«Haben Sie eine Cumulus-Karte?», ist die überall bekannte Frage an der Migros-Kasse. Damit wird einem für jeden in der Migros ausgegebenen Franken, ein Punkt gutgeschrieben. Alle zwei Monate werden diese Punkte in Form von Einkaufsgutscheinen von der Migros ausbezahlt.

Die Idee der Solikarte setzt hier an: Viele Personen sammeln gemeinsam auf dasselbe Cumulus-Punktekonto. Die Migros-Gutscheine erhalten Menschen, die aufgrund der aktuellen Asylpolitik von der Nothilfe und somit mit nur 10 Franken am Tag leben müssen. Sie und weitere Asylsuchende werden direkt oder durch Projekte wie Mittagstische und Deutschkurse unterstützt.

Geschichte der Solikarte

Die Idee entstand 2009 in St.Gallen. Zu Beginn wurden ausschliesslich Projekte des Solidaritätsnetzes Ostschweiz unterstützt. Ab Sommer 2011 wurden dann auch Mittagstische des Solinetzes Zürich mitfinanziert.

Im Herbst 2012 gab die Migros die offizielle Bewilligung zur Weiterführung der Solikarte. Somit konnte die Idee der Solikarte national verbreitet werden. Neben der nationalen Koordinationsgruppe gibt es Regionalgruppen in Bern, Aargau, Basel, Zürich, der Ostschweiz und in Luzern. Diese kümmern sich

um die Weitergabe der Migros-Gutscheine und machen die Solikarte in der Region bekannt.



Solikarte in Luzern

In Luzern werden in Zusammenarbeit mit dem Asylnetz Projekte für NothilfebezügerInnen und Asylsuchende in der Region unterstützt. Diesem Rundbrief liegt ein Solikarten-Flyer mit zwei Strichcodes bei. Diese können auf eine beliebige Karte im Portemonnaie geklebt werden um ab dem nächsten Einkauf in der Migros die Cumuluspunkte zu spenden. Weitere Infos zur Nothilfe und zur Solikarte sind auf www.solikarte.ch zu finden. Dort können auch weitere Flyer und Solikarten bestellt werden.

Isabelle Albisser
Ballwil

**Parkettarbeiten
Malerarbeiten
Naturfarben**

Luzernerstrasse 33c
CH-6010 Kriens
Telefon 079 650 79 42
www.patricksteiner.ch

**patrick
STEINER**

Die Idee von Ihnen
Das Holz aus der Region
Die Qualität vom Schreiner

Stefan Suhner, Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8, 6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch

Neue Veranstaltungsreihe

Grüntee

Interesse an der Politik? Mehr aus direkter Hand darüber erfahren, was im Bundes- und Kantonsparlament abläuft? Lust auf Mehr bekommen, auf eigenes Mittun in einem Parlament, Inputs zu geben? Dazu gibt es jetzt neu Gelegenheit: Viermal im Jahr laden die VertreterInnen der Luzerner Grünen im Bundes- und Kantonsparlament an einem Samstagmorgen zum Grüntee mit Gipfeli (und Kaffee) im Contenti Luzern, Gibraltarstrasse 14, 10:30 bis 12:00 Uhr ein.

Direkt im Anschluss an die Bundessessionen, an den folgenden Daten:

Samstagmorgen, 23. März

Samstagmorgen, 22. Juni

Samstagmorgen, 28. September

Samstagmorgen, 14. Dezember



Louis Schelbert

Nino Fröhlicher



Jahreszeitenpalaver

8. Reihe | Frühling 2013

**Lebenswelten im Alter –
muss ich immer aktiv bleiben?**



**Lebenswelten im Alter –
muss ich immer aktiv bleiben?**

Input: Beat Bühlmann
Projektleiter «Altern in Luzern»

Montag, 13. Mai 2013, 18.00 Uhr
Ort: Betagtenzentrum Rosenberg
Rosenbergstrasse 2, 6004 Luzern



**Oeko Hotel
Gruebisbalm/Rigi**

Autofrei, kinder- und familien-
freundlich, für Ferien, Feste
und Klein-Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau
Telefon: 041 397 16 81, www.gruebisbalm.ch
E Mail: oeko_hotel_gruebisbalm_rigi@bluewin.ch

**Die Druckerei
in der
Luzerner Neustadt**

g e g e n d r u c k _ G m B H
_offsetdruckerei _t 041 360 82 70

Kontaktverzeichnis

Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern

Adligenswil

Franziska Hufschmid
franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

Ebikon

Andreas Feller
andreas.feller@gruene-luzern.ch.

Emmen

Luzius Hafen
luzius.hafen@gruene-luzern.ch

Horw

Brigitte Germann-Arnold
brigitte.germann-arnold@gruene-luzern.ch

Kriens

Erich Tschümperlin
erich.tschuemperlin@gruene-luzern.ch

Luzern

Christian Hochstrasser
christian.hochstrasser@gruene-luzern.ch

Meggen

Ursa Sigrist
ursa.sigrist@gruene-luzern.ch

Sursee

Andreas Hofer
andreas.hofer@gruene-luzern.ch

Willisau

Esther Müller
esther.mueller@gruene-luzern.ch

Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

Junge Grüne

Raoul Niederberger
rniederberger@gmx.ch

Parolen zu den Abstimmungen vom 3. März 2013

Eidgenössische Vorlagen

Bundesbeschluss über die Familienpolitik	Ja
Volksinitiative «gegen die Abzockerei»	Ja
Änderung Bundesgesetz über die Raumplanung	Ja

Städtische Vorlagen Luzern

Schulanlage Felsberg: Kredit für Gesamtsanierung und Ausbau	Ja
---	----

Alle Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf www.gruene-luzern.ch abrufbar.

Impressum

Herausgeber/Inserateverkauf: Grüne Luzern, Brüggligasse 9, Postfach 7359, 6000 Luzern 7, PC 60-16103-5, Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch, E-Mail: sekretariat@gruene-luzern.ch

Redaktion: Christina Freyenmuth, Andreas Kappeler, Bea Langenbacher; Korrektorat: Marie-Theres Kappeler; Fotos: Sabina Oehninger

Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, E-Mail: thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch; Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, E-Mail: info@gegendruck.ch

Erscheint 5x im Jahr, Auflage 1300 Exemplare; Abonnement: ein Jahr Fr. 30.-, Unterstützungsabo: ein Jahr Fr. 60.-

Agenda

Februar

Mo	25.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Kanton, Seki
Mi	27.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Stadt, Seki

März

Mo	18.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Kanton, Seki
Di	19.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Stadt, Seki
Fr	22.		GV Junge Grüne Luzern
Sa	23.	10.30	Grüntee, Contenti, Gibraltarstrasse 14

April

Fr	5.	20.00	MV Junge Grüne Luzern
Mo	8.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Kanton, Seki
Di	9.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Stadt, Seki
Sa	27.		Delegiertenversammlung Grüne Schweiz
Mo	29.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Kanton, Seki
Di	30.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Stadt, Seki

Mai

Mo	13.	18.00	Jahreszeitenpalaver, Betagtenzentrum Rosenberg
Mo	13.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Kanton, Seki

Möchtest du elektronisch über Termine der Grünen sowie Veranstaltungen aus dem sozialen und kulturellen Bereich informiert werden? Dann abonniere den Newsletter unter: www.gruene-luzern.ch



